

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress

*Beschlussdatum:* 06.04.2024

*Tagesordnungspunkt:* 12.1 Anträge zu den Rechtsnormen

## **R1NEU: Beschlussfähigkeit Landeskongress**

### **Antragstext**

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten  
2 vorzunehmen:

3 § 13 Abs 6 lit g wird wie folgt abgeändert:

4 *g. Der Landeskongress ist genau dann zum eingeladenen Termin beschlussfähig,*  
5 *wenn zumindest 20 % der stimmberechtigten Hauptmitglieder – in jedem Fall aber*  
6 *mehr als fünf stimmberechtigte Mitglieder – anwesend sind. Sollte dies beim*  
7 *angekündigten Termin nicht der Fall sein, so ist der Landeskongress nach einer*  
8 *Stunde dann beschlussfähig, wenn zumindest 10 % der stimmberechtigten*  
9 *Hauptmitglieder anwesend sind. Kommt keine Beschlussfähigkeit zu Stande, obliegt*  
10 *es dem Landesvorstand baldigst einen neuen Termin für den Landeskongress*  
11 *festzulegen. Sollten 20% der stimmberechtigten Hauptmitglieder 30 Personen*  
12 *übersteigen, ist § 7 Abs 8 sinngemäß für den Landeskongress anzuwenden.*

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress

*Beschlussdatum:* 06.04.2024

*Tagesordnungspunkt:* 12.1 Anträge zu den Rechtsnormen

## **R3NEU2: Behandlung von Änderungsanträgen**

### **Antragstext**

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen der Geschäftsordnung  
2 vorzunehmen:

3 Nach § 18 Abs 4 wird folgender Absatz eingefügt:  
4 *(5) Änderungsanträge bedürfen keiner mündlichen Begründung oder Anwesenheit*  
5 *durch den Änderungsantragsteller, um behandelt zu werden.*

6 Die bisherigen § 18 Abs 5 ff werden einer entsprechenden neuen fortlaufenden  
7 Nummerierung unterzogen.

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress

*Beschlussdatum:* 06.04.2024

*Tagesordnungspunkt:* 12.2 Leitantrag des Bundesvorstands

## LANEU: Freier Handel für freie Menschen

### Antragstext

1 Der Freihandel hat in Europa lange Tradition. Das erste Freihandelsabkommen  
2 wurde im Jahr 1703 zwischen England und Portugal geschlossen. Heute herrscht bei  
3 kaum einem anderen Thema unter Ökonom:innen ein so breiter Konsens wie beim  
4 Thema Freihandel. In einer Umfrage stimmten 87,5 % der amerikanischen  
5 Wirtschaftswissenschaftler:innen für eine Beseitigung von Handelshemmnissen und  
6 Zöllen[1]. Denn Fakt ist: Freihandelsabkommen schaffen Wohlstand, Beschäftigung  
7 und erhöhen den Lebensstandard der jeweiligen Staaten. Zusätzlich ist die  
8 internationale Vernetzung von Volkswirtschaften einer der wichtigsten Garanten  
9 für Frieden und Wirtschaftswachstum rund um den Globus. Daher sind wir JUNOS -  
10 Junge liberale NEOS glühende Verfechter:innen des Freihandels. Doch die EU  
11 bleibt in den letzten Jahren immer weiter hinter ihren Zielen zurück. Während  
12 andere Staaten immer neue Freihandelsabkommen abschließen, wie etwa NAFTA (USA,  
13 CAN & MEX) oder ASEAN China FTA, haben noch immer nicht alle EU-Staaten das  
14 Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ratifiziert. Auch ein Freihandelsabkommen  
15 mit den MERCOSUR-Staaten wird seit 1995 verhandelt.[2] Anfang 2020 scheiterte es  
16 am Widerstand Österreichs, das sich damals als einziger Staat dagegen  
17 aussprach.[3] Diese kurzsichtige und protektionistische Wirtschaftspolitik führt  
18 zu Wohlstandsverlusten, zu höheren Preisen für Konsument:innen und bremst das  
19 Wirtschaftswachstum.

### Kein Veto bei Freihandel

21 Daher fordern wir JUNOS die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat bei  
22 der Ratifikation von Freihandelskommen der Europäischen Union. Stattdessen soll  
23 eine verstärkte qualifizierte Mehrheit gem Art 238 (2) AEUV, also 72 % der  
24 Mitglieder des Rates (20/27) die min. 65 % der Bevölkerung ausmachen, für eine  
25 Ratifikation ausreichen. So kann verhindert werden, dass einzelne Staaten die  
26 Unterzeichnung aus populistischen oder wahltaktischen Gründen verhindern können.

27 Sollte unsere Forderung nach einer EU-Regierung umgesetzt werden, so soll diese  
28 die Kompetenz zum Aushandeln von Freihandelsabkommen haben.

29 Zudem sollen die Verhandlungen vor Freihandelsabkommen transparenter werden, um  
30 so eine größere Akzeptanz der Bürger:innen der EU zu genießen. Ein solcher  
31 Prozess ist auch essenziell, um die Wichtigkeit solcher Abkommen sichtbar zu  
32 machen. Wie das konkret aussehen soll, ist im Beschluss *Demokratisierung der*  
33 *europäischen Außenhandelspolitik*[\[4\]](#) beschrieben.

#### 34 **Abbau von Handelshemmnissen**

35 Zu einer Freihandelspolitik, die den Wohlstand fördert, gehört auch der Abbau  
36 tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, insbesondere im Agrarsektor.

37 Diese Barrieren behindern den (freien) Handel mit Drittstaaten und führen zu  
38 künstlich hochgehaltenen Lebensmittelpreisen zu Gunsten der mächtigen EU-  
39 Landwirtschaftslobby.[\[5\]](#) Durch eine gezielte Senkung können wir die  
40 Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarproduzent:innen steigern und gleichzeitig  
41 Verbraucher:innen einen besseren Zugang zu einer vielfältigen Auswahl an  
42 qualitativ hochwertigen Produkten ermöglichen.

43  
44 Auch die WTO spricht sich gegen Handelshemmnisse aus und setzt sich seit ihrer  
45 Gründung 1994 für den Abbau dieser protektionistischen Maßnahmen ein. Diese  
46 Vorschriften sind durch die Mitglieder der WTO (somit auch der EU bzw ihrer MS)  
47 zu achten.[\[6\] Wir lehnen die laufende Unterminierung der WTO durch China und](#)  
48 [leider auch die USA ab. Die WTO ist einer der wichtigsten Stützpfeiler für](#)  
49 [globalen freien Handel und damit Wohlstand und Armutsbekämpfung auf der Welt.](#)  
50 [Die Europäische Union sollte sich dafür einsetzen, die innere Organisation der](#)  
51 [WTO zu reformieren, sodass Blockaden von Entscheidungsgremien, wie die](#)  
52 [derzeitige, nicht mehr möglich sind, und soll im Rahmen ihrer diplomatischen](#)  
53 [Arbeit Druck auf die USA ausüben, dass ihr Mandat im Appellate Body möglichst](#)  
54 [rasch nachbesetzt wird.](#)

55 *Kamerun darf Orangensaft und Schokolade zollfrei exportieren, solange der*  
56 *(finanzielle) Wert des Zuckers dieser Produkte nicht mehr als 30% beträgt. Damit*  
57 *hat Kamerun einen Vorteil gegenüber ärmeren Nachbarn wie dem Tschad oder*  
58 *Nigeria. Hier berechnet die EU nicht den Wert des Zuckers im Saft oder der*  
59 *Schokolade, sondern das Gewicht.*[\[7\]](#)

60 Durch die Abschaffung eben dieser Barrieren schaffen wir nicht nur Wohlstand für  
61 die Menschen in Europa, sondern auch für Menschen in ärmeren Ländern. Es ist  
62 nicht zielführend, dass übermäßig subventionierte Lebensmittel aus der EU in

63 manchen Regionen der Erde günstiger sind als jene aus dem eigenen Land und  
64 nachhaltig ist das erst recht nicht.

### 65 **Geistiges Eigentum weltweit schützen**

66 Um funktionierende Freihandelsabkommen zu fördern und Produktpiraterie zu  
67 verhindern setzen wir uns für den Schutz des geistigen Eigentums weltweit ein.  
68 Eine große Hürde für europäische Unternehmen ist die zunehmende  
69 Produktpiraterie, die der europäischen Wirtschaft und der Innovation erheblich  
70 schadet. Ein effektiver Schutz des geistigen Eigentums ist nicht nur für die  
71 Innovationskraft der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung, sondern  
72 auch für die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene.  
73 Das soll durch einen Handelsgerichtshof, ähnlich dem Internationalen  
74 Strafgerichtshof, überwacht und auch durchgesetzt werden.

### 75 **Investitionsschutz**

76 Oftmals werden Unternehmer:innen durch unsachliche Maßnahmen im nicht-  
77 europäischen Ausland benachteiligt, dies beinhaltet Eigentumsbeschränkungen,  
78 zusätzliche Abgaben oder Ausübungs- bzw. Zugangsbeschränkungen. Im Rahmen jedes  
79 Freihandelsabkommens soll auch ein Passus enthalten sein, der die getätigten  
80 Investitionen vor staatlichen Interventionen schützt. Nur so kann der Handel  
81 unter transparenten und fairen Bedingungen für alle Teilnehmer:innen des Marktes  
82 gewährleistet werden.

### 83 **Wettbewerb statt Merkantilismus**

84 In den letzten Jahren wurde die weltweite Handelspolitik von einer  
85 fehlgeleiteten Neuauflage des Merkantilismus geprägt. Wohlmeinende  
86 vorausschauende Staatsbeamte verteilen freihändig Subventionen und andere  
87 Begünstigungen an heimische Unternehmen, die man als sogenannte "national  
88 champions" aufbauen möchte. Diese sollen dann weltweit mit den "champions"  
89 anderer Staaten konkurrieren. Das ist eine kapitale Fehlentwicklung und Abkehr  
90 von der Grundidee des Freihandels und des Vertrauens in den Mehrwert von freiem  
91 Wettbewerb. Weder wissen Staaten, welche Branchen oder Unternehmen in Zukunft  
92 erfolgreich sein werden, noch haben Staatsbedienstete bzw. Politiker den nötigen  
93 Weitblick und "skin in the game" hierfür. Wir JUNOS – Junge liberale NEOS  
94 stellen uns deswegen entschieden gegen diese Tendenz und setzen uns sowohl in  
95 Österreich als auch der Europäischen Union und innerhalb der WTO für ein  
96 strenges und restriktives Subventionsregime sowie eine Rückkehr zu den  
97 Grundsätzen der freien Marktwirtschaft ein.

## 98 **Schutz der Umwelt durch Freihandelsabkommen**

99 Eine wichtige Ergänzung jedes Handelsabkommens ist ein Passus betreffend eine  
100 Bepreisung von CO<sub>2</sub>, entweder in Form von Emissionshandel oder durch eine  
101 Besteuerung jeder ausgestoßene Tonne CO<sub>2</sub>. Für Länder, die keines dieser beiden  
102 Systeme implementieren, fordern wir CO<sub>2</sub>-Zölle, die Ausgleichszahlungen für das  
103 ausgestoßene CO<sub>2</sub> eines jeden importierten Produkts darstellen. Dies dient dazu,  
104 das Klima zu schützen und einen Anreiz für nachhaltige Produktionsmethoden zu  
105 setzen. Auch ein durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung entstehender Nachteil für EU-  
106 Unternehmen soll dadurch ausgeglichen werden. [\[8\]](#)

## 107 **Unser engster Partner: Verlassen aber nicht verloren**

108 Als Europäische Union müssen wir die Entscheidung der britischen Bevölkerung,  
109 die Europäische Union zu verlassen, leider zur Kenntnis nehmen. Es ist  
110 allerdings im Interesse sowohl Europas als auch des Vereinigten Königreichs,  
111 dass Handelsbeziehungen möglichst reibungsfrei gestaltet werden. Wir fordern  
112 sowohl die Europäische Union als auch das Vereinigte Königreich dazu auf, im  
113 Rahmen des Windsor Frameworks den Freihandel zu priorisieren und alle möglichen  
114 Barrieren abzubauen.

## 115 **Wohlstand schaffen, Freihandelsabkommen abschließen**

116 Um den Wohlstand in der Europäischen Union auszubauen, fordern wir das  
117 Commitment für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Neben einem neuen  
118 Anlauf für TTIP mit den Vereinigten Staaten, sollen auch mit den Großmächten  
119 Volksrepublik China und Indien durch Freihandelsabkommen gemeinsame Regeln  
120 sichergestellt werden, wobei konsequent der Grundsatz der Reziprozität gewahrt  
121 werden muss.. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-  
122 Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten, Staaten auf dem  
123 afrikanischen Kontinent und der Afrikanischen Union. Dadurch können  
124 wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa und in  
125 anderen Kontinenten dieser Welt erweitert werden.

126 [\[1\]](#) Robert Whaples: *Do Economists Agree on Anything? Yes!* In: *The Economists'*  
127 *Voice*. Band 3, Nr. 9, 17. Januar 2006, [ISSN1553-3832](#), [doi:10.2202/1553-3832.1156](#)  
128 ([degruyter.com](#) [abgerufen am 11. Februar 2024]).

129 [\[2\]](#) Hartmut Sangmeister: *Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen*  
130 *EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz*. Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin 2020, S.  
131 3.

132 [\[3\]Kurz verlangt von EU-Kommission Neuverhandlung.](#) In: [faz.net](#). 12. Januar 2020,  
133 abgerufen am 8. März 2024

134 [\[4\]https://junos.at/beschlusslagen/demokratisierung-der-europaeischen-](#)  
135 [ausserhandelspolitik/](#) , abgerufen am 11.02.2024

136 [\[5\]https://lobbypedia.de/wiki/COPA-](#)  
137 [COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%](#)  
138 [\\_](#)  
[A4ischen%20Union%20bezeichnet.](#) , abgerufen am 08.03.2024

139 [\[6\]](#)  
140 [https://web.archive.org/web/20120725021331/http://portal.wko.at/wk/dok\\_detail-](#)  
[\\_file.wk?AngID=1&DocID=614118&StID=294837](#) , abgerufen am 09.03.2024

141 [\[7\]https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2018-keine-eu-zoelle-fuer-afrikas-](#)  
142 [exporte-ein-schwindel/](#) , abgerufen am 12.02.2024

143 [\[8\]https://www.freiheit.org/de/klimawandel-klimazoll-ohne-protektionismus-eine-](#)  
144 [machbarkeitsanalyse](#) Zugriff am 15.03.2024

# ANTRAG

Antragsteller\*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 12.3 Weitere Anträge

## **A2NEU: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete**

### **Antragstext**

1 Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst im Mittel  
2 deutlich mehr als der/die mittlere Beschäftigte in der Privatwirtschaft.  
3 Zusätzlich werden deutlich weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte  
4 und Arbeiter:innen. Dies liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für  
5 Staatsbedienstete. Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie  
6 privatwirtschaftliche Betriebe des Staates seit jeher ein Ort an dem,  
7 Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt werden, um den eigenen Einfluss zu  
8 sichern. All dies behindert eine effiziente und kostengünstige Verwaltung  
9 erheblich und dass obwohl Österreich jährlich [14.818.000.000\[2\]](#) an die aktiven  
10 Staatsbediensteten bezahlt.

11 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen  
12 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern  
13 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

#### **14 1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung**

15 Der österreichische Verwaltungsapparat ist aufgeblasen und deshalb teuer und  
16 schwerfällig. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich  
17 digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselige und zeitintensive  
18 Amtswege zu ersparen, fordern wir, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in  
19 digitaler Form angeboten werden. Services sollen mittels ones-stop-shop bzw. no-  
20 stop-shop abgewickelt werden können. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht  
21 zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw  
22 aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt,  
23 in Deutschland 13,6% und in Japan sogar nur 7,9%[\[3\]](#). Zusätzlich dazu fordern wir  
24 ein Ende der de-facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei  
25 Zoll, Militär, Polizei und Justiz arbeiten.



26 Nur so kann eine effiziente und kostengünstige Verwaltung garantiert werden.

## 27 **2. Ohne Parteibuch eine Funktion**

28 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die  
29 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen  
30 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation, Eignung und Leistung einer  
31 Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren  
32 wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw.

33 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat bei  
34 vollen Bezügen für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach  
35 österreichischer Rechtslage teilweise noch immer besteht, lückenlos abgeschafft  
36 werden.

37  
38 Wir fordern daher neue Auswahlverfahren für Personalkommissionen, Personalleihen  
39 nur in begründeten Ausnahmefällen, verpflichtende Hearings für  
40 Leitungsfunktionen, die Entwicklung eines Einstiegstests ("Concours") für  
41 Bewerber:innen bei Tätigkeiten, die eine akademische Ausbildung voraussetzen und  
42 ein Verbot von Doppelfunktionen in Kabinetten und dem öffentlichen Dienst.

43  
44 In weiterer Folge fordern wir auch die Abschaffung von Versorgungsposten bzw.  
45 sogenannten Scheinjobs im öffentlichen Dienst.

46 Außerdem muss die Möglichkeit, Bewerber:innen um ein öffentliches Mandat ohne  
47 Entfall der Bezüge für die Zeit des Wahlkampfes freizustellen, die nach  
48 österreichischer Rechtslage noch immer besteht, verboten werden.

## 49 **3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema**

50 Der Staat konkurriert als Arbeitgeber am Arbeitsmarkt um die besten Köpfe, die  
51 im Interesse der Republik dienen. Wir als Junge liberale NEOS fordern daher eine  
52 Reform der Gehaltslogik im öffentlichen Dienst. Das System der Zulagen soll  
53 modernisiert werden, sodass es tatsächliche Leistung transparent belohnt, aber  
54 nicht selbstverständlich enthaltene Aufgaben der Kerntätigkeit mit Zulagen  
55 verbessert."

56 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die  
57 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen  
58 hat, unnötig erhöhen.

59  
60 Anstatt von höheren Gehältern soll der Staat als Arbeitgeber andere Benefits  
61 anbieten, wie flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office, die in der  
62 Privatwirtschaft auch üblich werden, um die besten Köpfe anzulocken.

63 [\[2\]](#)  
64 [https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal\\_des\\_Bundes\\_20-21.pdf](https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_20-21.pdf)

65 [\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Bundeskongress*

Tagesordnungspunkt: *12.3 Weitere Anträge*

## **A7NEU: Freier Übergang für freie Bürger\_innen**

### **Antragstext**

1 JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit der  
2 Bürger:innen. Das gilt auch für Fußgänger:innen im Straßenverkehr.

3 Fußgänger:innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der Straße  
4 ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes und des  
5 Vorrangs der Fußgänger:innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie in  
6 zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger:innen eine Empfehlung  
7 und keine Pflicht darstellen. Die Grundregel, sich bei Betreten der Fahrbahn zu  
8 vergewissern, hierbei sich selbst oder andere Straßenbenützer nicht gefährden  
9 oder diese übermäßig behindern, ist ausreichend.

10 Der Zwang, eine sinnlose Regelung einzuhalten, bei deren Bruch niemandem Schaden  
11 zugefügt wird, erzieht autoritätsabhängige Untertanen und kann nicht im Sinne  
12 einer liberalen Gesellschaft sein.

13 Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger:innen, wie diese  
14 bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das Gesamtregelwerk  
15 und letztendlich den Rechtsstaat.

16 Die polizeilichen Kontrollen und daraus entstehenden Geldstrafen dienen nicht  
17 nur einer Entmündigung der Bevölkerung sondern auch letzten Endes vor allem  
18 einer versteckten Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die es aus  
19 liberaler Sicht eindeutig abzulehnen gilt.

20 Der öffentliche Raum gehört den Bürger:innen und nicht dem Staat. Eine  
21 staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor  
22 allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus  
23 liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für Fußgänger:innen  
24 bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind schleunigst zu beseitigen.

25 Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des §  
26 76 StVO, welche die Möglichkeit der straflosen Straßenüberquerung nach eigener  
27 Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder vorgegebener  
28 Überquerungsgelegenheit veranlasst wenn es die Verkehrslage zulässt. Eine  
29 Fußgängerampel soll eine reine Vorrangregelung darstellen. In Anlehnung an §106  
30 des Kraftfahrzeuggesetzes (Gurtpflicht) sehen wir Fußgänger:innen ab einem Alter  
31 von 14 Jahren somit selbst in der Verantwortung, wann und wo sie die Straße  
32 überqueren wollen. Lediglich auf Autobahnen, Autostraßen und Schnellstraßen und  
33 Schnellstraßen und Autostraßen soll die freie Überquerung untersagt bleiben.

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress

*Beschlussdatum:* 06.04.2024

*Tagesordnungspunkt:* 12.3 Weitere Anträge

## **A9NEU: Land der Berge, Land der Spione**

### **Antragstext**

1 In den Tagen vor diesem Bundeskongress sind erschütternde Details zu einem  
2 wahren Spionageskandal im tiefsten Inneren der Republik an die Öffentlichkeit  
3 gelangt. Die konkreten Vorwürfe rund um Egisto Ott und Martin Weiss bedürfen  
4 dringender Aufklärung. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich hier nicht um einen  
5 Einzelfall, sondern um ein Sittenbild handelt, das von einer untragbaren  
6 laissez-faire Haltung im Umgang mit vertraulichen Daten, Staatsgeheimnissen,  
7 Spionage und dem Einfluss Russlands in und auf Österreich zeugt. Schon seit  
8 Jahren und spätestens seit der BVT-Affäre gelten die österreichischen  
9 Geheimdienste als russische Hintertür in Europa - und Österreich als bevorzugtes  
10 Operationsgebiet ausländischer Geheimdienste.

11 Wie unfassbar unzureichend der österreichische Gesetzgeber in Bezug auf die  
12 Strafbarkeit von Spionage gehandelt hat, zeigt eine Anfragebeantwortung des  
13 Justizministeriums aus Juli 2023<sup>11</sup>. Seit 2002 kam es lediglich zu drei  
14 Verurteilungen aufgrund des Spionage-Paragrafen - vor allem, weil lediglich  
15 Spionage zum Nachteil Österreichs strafbar ist. Hier besteht dringender  
16 Reformbedarf, damit Österreich nicht länger ein Hort der - insbesondere  
17 russischen - Spionage bleibt.

18 Diese Situation dürfen wir nicht mehr länger hinnehmen. Die oben genannten  
19 Umstände gefährden nicht nur die Sicherheit der österreichischen Bürger:innen,  
20 sondern jene der gesamten Europäischen Union und unserer westlichen Verbündeten.

21 Deshalb fordern wir JUNOS - Junge Liberale NEOS folgende dringende Reformen:

- 22 • Ausweitung des Straftatbestands Spionage auf Spionage zum Nachteil von  
23 Drittstaaten und internationalen Organisationen

- 24
- 25
- Aufstockung der Personalressourcen in der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN)
- 26
- Sofortige Suspendierung von Beamten bei substantiiertem Spionageverdacht
- 27
- 28
- 29
- Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Verbindungen zwischen Russland, den österreichischen Parteien sowie öffentlich Bediensteten
- 30
- 31
- 32
- Reduktion der russischen Delegation bei den diplomatischen Vertretungen in Österreich auf ein absolutes Minimum, mit besonderem Augenmerk auf der Ausweisung von administrativ-technischem Personal
- 33
- 34
- Eingeschränktere bzw. reduzierte Visavergabe an russische Staatsbürger:innen

35 <sup>[1]</sup> [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/14551/imfname\\_1576035.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/14551/imfname_1576035.pdf)